

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Caren Lay, Karin Binder, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 18/1366 –**

### **Keine Privatisierung von Ackerland und Wäldern durch die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH**

#### **A. Problem**

Die Verkäufe von Agrar- und Forstflächen durch die bundeseigene Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) haben laut den Antragstellern in den ländlichen Räumen der neuen Bundesländer deutliche Folgen. Ihrer Darstellung zufolge haben die Verkäufe der BVVG nach Höchstgebot die Preisentwicklung für Agrarimmobilien bestimmt und die Preise im erheblichen Maße in die Höhe getrieben. Der Verkauf von land- und forstwirtschaftlichen Flächen aus den Beständen der BVVG muss angesichts der nach Meinung der Fraktion DIE LINKE. durch landwirtschaftliche Arbeit kaum mehr refinanzierbare Bodenkauf- und -pachtpreise gestoppt werden.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Treuhandgesetzes mit dem Ziel des Stopps weiterer Privatisierungen von land- und forstwirtschaftlichen Flächen aus den Beständen der bundeseigenen BVVG vorzulegen und ein sofortiges Verkaufsmoratorium zu erlassen sowie gemeinsam mit den betroffenen Bundesländern zu beraten, ob die BVVG mit neuen Funktionen im Sinne einer öffentlichen Landgesellschaft ausgestattet werden kann.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrages.

#### **D. Kosten**

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 18/1366 abzulehnen.

Berlin, den 2. Juli 2014

**Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft**

**Gitta Connemann**  
Vorsitzende

**Hans-Georg von der Marwitz**  
Berichtersteller

**Jeannine Pflugradt**  
Berichterstellerin

**Dr. Kirsten Tackmann**  
Berichterstellerin

**Friedrich Ostendorff**  
Berichtersteller

## **Bericht der Abgeordneten Hans-Georg von der Marwitz, Jeannine Pflugradt, Dr. Kirsten Tackmann und Friedrich Ostendorff**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 36. Sitzung am 22. Mai 2014 den Antrag auf **Drucksache 18/1366** erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die bundeseigene Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) verwaltet und verwertet in den neuen Bundesländern ehemals volkseigene land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen sowie Gebäude und bauliche Anlagen. Die öffentlichen Verkäufe von Agrar- und Forstflächen durch die BVVG haben laut den Antragstellern in den ländlichen Räumen dieser Länder deutliche Folgen. Ihrer Ansicht nach beeinflusst die Marktstellung der BVVG als größte Verkäuferin von land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen den Bodenmarkt in den betroffenen Bundesländern. Nach Darstellung der Fraktion DIE LINKE. haben Verkäufe nach Höchstgebot die Preisentwicklung für Agrarimmobilien bestimmt und die Preise im erheblichen Maße in die Höhe getrieben.

Über 250 000 Hektar ehemals volkseigene Flächen sind nach Darstellung der Antragsteller von der BVVG in den kommenden Jahren noch zu privatisieren. Bis zum Jahr 2025 soll diese Privatisierung abgeschlossen sein. Bodenpreise und Verkäufe nach der Höchstgebotsregelung der Privatisierungsgrundsätze aus dem Jahr 2010 haben laut der antragstellenden Fraktion zu überproportional ansteigenden Wertfestsetzungen für land- und forstwirtschaftliche Flächen beigetragen. Das wirkt sich ihrer Ansicht nach auch auf die Pachtpreise aus. Anstatt langfristige Pachtverträge abschließen zu können, werden ihrer Darstellung nach viele Agrarbetriebe zum Flächenkauf gezwungen, wenn sie die Zukunftsfähigkeit ihres Betriebs nicht gefährden wollen.

Der Verkauf von land- und forstwirtschaftlichen Flächen aus den Beständen der BVVG ist aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. nicht notwendig und muss angesichts der ihrer Meinung nach durch landwirtschaftliche Arbeit kaum mehr refinanzierbaren Bodenkauf- und -pachtpreise gestoppt werden. Preisdruck und Privatisierungsregeln führen laut den Antragstellern zur Verdrängung ortsansässiger, überwiegend eigenkapital-schwacher Betriebe.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden,

- einen Gesetzentwurf zur Änderung des Treuhandgesetzes mit dem Ziel des Stopps weiterer Privatisierungen von land- und forstwirtschaftlichen Flächen aus den Beständen der bundeseigenen BVVG vorzulegen und ein sofortiges Verkaufsmoratorium zu erlassen;
- gemeinsam mit den betroffenen Bundesländern zu beraten, ob die BVVG mit neuen Funktionen im Sinne einer öffentlichen Landgesellschaft ausgestattet werden kann, um Verwerfungen in der Bodenmarktentwicklung künftig zu verhindern oder alternativ die kostenfreie Übertragung der verbliebenen Flächen zur langfristigen Verpachtung an die Bundesländer zu prüfen;
- für die Verpachtung der land- und forstwirtschaftlichen Flächen einen Kriterienkatalog zu erarbeiten, der agrarstrukturelle, regionale und öffentliche Belange berücksichtigt, Bedingungen für eine nachhaltige Bewirtschaftung bei langfristiger Verpachtung enthält und Junglandwirtinnen und Junglandwirten den Zugang zu Boden erleichtert;
- die Förderung der Begleitforschung zur Bodenmarktentwicklung über die ressorteigenen Forschungsinstitute weiterzuführen;
- die Vermögensteuer auf hohe Vermögen wieder einzuführen und damit der Aneignung großer land- und forstwirtschaftlicher Flächen und der Bodenkonzentration entgegenzuwirken;
- einen Gesetzentwurf vorzulegen, um eine statistische Erhebung der Eigentumsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft einzuführen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 18. Sitzung am 2. Juli 2014 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/1366 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 16. Sitzung am 2. Juli 2014 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/1366 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat in seiner 19. Sitzung am 2. Juli 2014 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/1366 abzulehnen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

#### 1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag auf Drucksache 18/1366 in seiner 16. Sitzung am 2. Juli 2014 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte klar, insgesamt sei die Politik im Umgang mit den BVVG-Flächen auf dem richtigen Weg. Sie sehe keine Notwendigkeit für den von der Fraktion DIE LINKE. geforderten sofortigen Stopp der Privatisierung land- und forstwirtschaftlicher Flächen durch die BVVG. Von einer solchen Maßnahme wären vor allem diejenigen Alteigentümer betroffen, die bislang noch nicht die Möglichkeit des begünstigten Flächenerwerbs nutzen konnten. Es sei sich ganz klar darauf verständigt worden, bis 2025 die Privatisierung der im Besitz der BVVG befindlichen Flächen abzuschließen. An diesem Zeitfenster müsse festgehalten werden. Bereits im Jahr 2013 seien u. a. die Obergrenzen der zur Ausschreibung vorgesehenen Lose halbiert worden. In den bestehenden Privatisierungsgrundsätzen fänden agrarstrukturelle Belange durchaus bereits ihren Niederschlag. Der Preisdruck auf die Bodenpreise sei durch Angebot und Nachfrage entstanden und nicht in erster Linie auf die Tätigkeit der BVVG zurückzuführen. Die noch zu privatisierenden BVVG-Flächen von ca. 200 000 Hektar, von denen insbesondere drei neue Bundesländer betroffen seien, seien eine überschaubare Größe. Diese Flächen seien zudem alle momentan pachtmäßig gebunden, so dass die von der Fraktion DIE LINKE. gewünschte Umverteilung gar nicht vorgenommen werden könne. Die Fraktion der CDU/CSU werde dem Antrag nicht zustimmen.

Die **Fraktion der SPD** betonte, sie halte an der Vereinbarung im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD fest, dass in Verhandlungen zwischen Bund und Ländern geprüft werden solle, ob die betroffenen Länder Interesse hätten, die noch in der Hoheit des Bundes verbliebenen Flächen vom Bund zu erwerben. Die Länder hätten somit die Möglichkeit, ein Existenzgründungsprogramm unter anderem für Junglandwirte zu etablieren. Die Übertragungsbedingungen seien laut dieses Koalitionsvertrages so zu gestalten, dass sie den spezifischen agrarstrukturellen, umweltpolitischen sowie verfassungs- und haushaltsrechtlichen Bedingungen gerecht werden. Die Verhandlungen über eine Übertragung der Flächen liefen nach wie vor zwischen dem Bund und den interessierten Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Die Fraktion der SPD werde daher dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. nicht zustimmen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** verwies darauf, dass sie die Entwicklung auf dem landwirtschaftlichen Bodenmarkt für dramatisch halte. Gerade die bisherige Verkaufspraxis der BVVG, die auf Basis eines politischen Mehrheitsbeschlusses handle, führe in den neuen Ländern zu Verwerfungen zu Lasten der dortigen Landwirtschaft. Sie leiste zudem der ohnehin bestehenden bundesweiten Tendenz Vorschub, dass nichtlandwirtschaftliche Investoren Böden übernahmen und durchaus einen nicht unwesentlichen Beitrag dazu leisteten, dass mit landwirtschaftlicher Arbeit Boden nicht mehr bezahlbar sei. Da Boden nicht vermehrbar sei und er insbesondere die Grundlage der Nahrungsmittel- und Energieproduktion bilde, bestehe ein besonderes öffentliches Interesse daran, dass die noch über 200 000 Hektar, die sich im öffentlichem Besitz befänden, nicht privatisiert werden. Die Fraktion schlage zum einen ein Verkaufsmoratorium für die BVVG-Flächen vor. Zum anderen müsse ernsthaft geprüft werden, ob nicht öffentliche – gemeinnützig arbeitende – Landgesellschaften den Boden langfristig an Betriebe verpachten sollten. Des Weiteren spreche sich die Fraktion DIE LINKE. dafür aus, einen Kriterienkatalog für die Verpachtung zu entwickeln, der agrarstrukturelle regionale und öffentliche Belange berücksichtige. Zudem fordere sie die Wiedereinführung der Vermögensteuer auf hohe Vermögen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, es habe jüngst bei der Privatisierung landwirtschaftlicher Flächen durch die BVVG durchaus Veränderungen gegeben, die in die richtige Richtung wiesen. Hierzu gehörten zum Beispiel die Losverkleinerungen. Trotzdem verdiene die im Antrag der Fraktion DIE LINKE. thematisierte Frage, wie jetzt mit den noch verbliebenen über 200 000 Hektar im Besitz der BVVG in den – wesentlich drei – neuen Bundesländern umgegangen werde, große Unterstützung. Die Frage sei insbesondere, ob den Jungbäuerinnen und Jungbauern eine reelle Chance auf Flächenerwerb im Sinne einer Vorpacht bzw. eines Vorkaufs überhaupt gegeben werde. Die im Antrag beschriebenen Preissteigerungen bei landwirtschaftlichen Flächen trafen gerade die neu anfangenden jungen Menschen in der Landwirtschaft, die noch nicht über so viel finanzielle Substanz verfügen würden, besonders hart. Allerdings teile die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht die Forderung der Antragsteller, eine Vermögensteuer auf hohe Vermögen wieder einzuführen. Insgesamt stimme sie dem Antrag zu, da die BVVG-Flächen nicht zwangsläufig um jeden Preis privatisiert werden sollten.

## 2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 18/1366 abzulehnen.

Berlin, den 2. Juli 2014

**Hans-Georg von der Marwitz**  
Berichtersteller

**Jeannine Pflugradt**  
Berichterstatte~~r~~in

**Dr. Kirsten Tackmann**  
Berichterstatte~~r~~in

**Friedrich Ostendorff**  
Berichtersteller





